

Schwache Rechte bei Landtags- und Kommunalwahlen

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg (B-W) und Rheinland-Pfalz (R-P) brachten erwartungsgemäß Gewinne für die Grünen und Negativrekorde für die CDU. Verluste mußten in beiden Ländern die AfD in beachtlicher und die SPD in geringer Höhe hinnehmen. Als kleine Regierungspartei in Mainz verlor die FDP leicht, als Oppositionspartei in Stuttgart hingegen konnte sie zulegen. Die einzig echte Überraschung war der erstmalige Einzug der Freien Wähler (FW) mit 5,4 % in den rheinland-pfälzischen Landtag. Die Linke, obwohl von den Medien hofiert und als außerparlamentarische Kraft zur Fernsehrunde der Spitzenkandidaten vor der Wahl in Stuttgart eingeladen, scheiterte mit 3,6 % (B-W) bzw. 2,5 % (R-P) deutlich. Die Wahlbeteiligung ging von 70,4 % in beiden Ländern auf 63,8 % (B-W) bzw. 64,4 % zurück.

Auffällig ist, daß als einzige Partei die AfD zwischen Verkündung der Prognose um 18 Uhr bzw. der ersten Hochrechnungen und dem Endergebnis ungewöhnlich stark abstürzte. In B-W rutschte sie daher binnen weniger Stunden vom dritten auf den fünften Platz. Mit dem Rückgang von 15,1 % (2016) auf 9,7 % kamen der bürgerlichen Rechtspartei fast 30 % ihrer Stimmen abhanden. Einzige AfD-Hochburg in B-W blieb die Gemeinde Spiegelberg, wo die blaue Kraft mit 21,7 % knapp vor der CDU (21,3 %) auf Rang 1 ist. 2016 hatte es noch vier Gemeinden mit der AfD als stärkster Partei gegeben. So verwundert es nicht, daß der emsig wahlkämpfende AfD-Kandidat für den Wahlkreis Lörrach, der nationale Rechtsanwalt Dubravko Mandic, in der Hochburg der Grünen, wo diese bei fast 40 % (Stadt Lörrach: 39,1 %) liegen und auch die SPD seit langem überdurchschnittlich stark ist, mit 7,9 % unter dem Landesdurchschnitt blieb. In der Stadt Freiburg erreichte die AfD nur 4,5 %!

Die Hauptursache für die AfD-Verluste dürfte in der vom Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen vom Zaun gebrochenen Richtungsdebatte liegen. Die von ihm angestrebten Säuberungen in der Partei und die dadurch in Gang gesetzten Verfassungsschutzaktivitäten riefen die Medien auf den Plan, so daß zahlreiche bürgerliche Wähler verunsichert, aber auch nationale Anhänger verärgert wurden. Dazu kam die Corona-Krise, auf die die AfD anfangs unklug reagierte und die

viele Bürger wegen der Horrormeldungen der Medien verängstigte. Wahlanalysen ergaben, daß die AfD-Verluste primär auf das Ansteigen der Nichtwähler zurückzuführen sind: 135.000 Ex-AfD-Wähler blieben zuhause. Und das Direktmandat in der blauen Hochburg Pforzheim ging diesmal an die Grünen.

Kaum Beachtung in den Medien fanden hingegen die Kommunalwahlen in Hessen. Dort sackte die AfD als viertstärkste Kraft von 12 % auf 8 % ab und verbuchte Verluste in 19 von 21 Landkreisen, v. a. in Nordhessen. Grüne legten stark zu, FDP mit leichtem Plus, SPD nun klar hinter der CDU. Die NPD verlor auf Grund des Antretens der AfD ihre beiden Hochburgen Büdingen (von 10,2 % auf 3,3 %; AfD: 7,1 %) und Wetzlar (von 7,7 % auf 1,2 %; AfD: 6,3 %), konnte aber in den Städten Altstadt (von 10 % auf 8,5 %, im Ortsteil Waldsiedlung von 14,4 % auf 20,9 %, dort nun zwei der neun Mandate) und Leun (von 11,2 % auf 6,2 %, im Ortsteil Stockhausen 13,9 %), v. a. in den beiden Ortsbeiräten, Erfolge erringen, und zwar ohne rechte Konkurrenz. Hessen bleibt damit die NPD-Hochburg im Westen der BRD. ■

AfD mit gerichtlichem Sieg

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln darf die AfD vorerst nicht als Verdachtsfall eingestuft werden. Erst am 3. März war öffentlich bekannt geworden, daß er die AfD wohl seit Ende Februar als Verdachtsfall einer verfassungsfeindlichen Partei einstuft. Das Problem: In einer sogenannten ›Stillhaltezusage‹ hatte der Verfassungsschutz versprochen, die Einstufung nicht öffentlich bekannt zu machen – was doch, von wem auch immer, geschah. Manche Medien kamen sogar an die gerichtlichen Schriftsätze des Verfassungsschutzes! Die Verwaltungsrichter begründeten den Beschluß wie folgt:

»Durch das Bekanntwerden der Einstufung der Antragstellerin als ›Verdachtsfall‹ durch bundesweite Medienberichterstattung ist bereits derart in die durch Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG geschützte Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen worden, daß eine weitere Beeinträchtigung derselben dadurch, daß Mitglieder der Antragstellerin mit nicht gänzlich unerheblicher Wahrscheinlichkeit damit rechnen müssen, allein aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit nachrichtendienstlich überwacht zu werden oder von solchen Maßnahmen jedenfalls mittelbar betroffen zu sein – insbesondere im Hinblick auf die am 14. März 2021 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz –, nicht hinnehmbar ist.«

Das hat zur Folge, daß die AfD erst einmal gar nicht mehr als Verdachtsfall eingestuft werden darf und daß dem Verfassungsschutz untersagt ist, die AfD zu »beobachten«. Felix Zimmermann, Experte für Recht und Justiz beim ZDF urteilte: »Aktuell kann die AfD allerdings den Verfassungsschutz als Behörde darstellen, die selbst die Verfassung, nämlich die Chancengleichheit der Parteien, nicht hinreichend achtet.« Eine Blamage für das Kölner Bundesamt und seinen Präsidenten Thomas Haldenwang. ■

Toxischer Liberalismus

Wie wir wissen, kann Wohltat sich zur Plage auswachsen und Sinn sich in Unsinn verkehren. So ist es auch mit dem Liberalismus, der das Recht des bürgerlichen Individuums auf freie Entfaltung in seinem Wirtschaften und seiner Persönlichkeit gegenüber dem Staat vertrat. Alle sollen vor dem Gesetz gleich sein, auch wenn sie ansonsten ungleich sind. So ist bürgerliche Gesellschaft gedacht. Wenn Ideen Leuten in die Hände fallen, die ihre eigenen Interessen durchsetzen wollen oder ihre Befindlichkeiten als gesellschaftlich besonders schätzenswert aufblasen, sich dabei liberalistischer Phrasen bedienen, dann ist die Gesellschaft als Ganzes in Gefahr.

Wir haben heute zwei Sorten von Liberalismen, die besonders lautstark daherkommen und wirkmächtig geworden sind. Die eine Form ist der angelsächsische Neoliberalismus, der in der ganzen westlichen Welt Schablone für die Wirtschaftspolitik, Regierungsdoktrin und gesellschaftliches Paradigma geworden ist. Der andere ist der ›kosmopolitische Linksliberalismus‹, der so liberal auch nicht ist. Die freche Behauptung des Neoliberalismus ist, der Staat störe oft das Wirtschaften, habe sich für die Freiheit der Wirtschaft zurückzunehmen und das öffentliche Eigentum, eigentlich das Bürgereigentum, an die Konzerne über ›Privatisierung‹ abzugeben. Konzerne, die sich als ›der Markt‹ sehen, wüssten immer besser als alle anderen, was für die Gesellschaft gut ist. Abbau des öffentlichen Dienstes so weit wie nur möglich und Aufbau privater Dienstleistungen als freiheitliche Strategie zu ermöglichen, ist die Devise.

Natürlich brauchen die Superreichen und Supereinflußreichen einen Staat, der diesen Umbau erzwingt und im Ernstfall die sozialen Trümmer wieder wegräumt. Unter Schönwetterbedingungen kann so was eine Weile gut gehen. Schließlich sind Gesellschaften relativ fehlertolerante Systeme. Aber in Krisen kann das zur Katastrophe führen. Wir haben jetzt Krise. Wir haben mit der Coronapandemie sogar die erste große Globalisierungskrise. (Siehe: www.jjahnke.net, Rundbrief vom 18.2.2021: »Die Pandemie der Globalisierung«.) Mit der Coronapandemie haben sich der profitorientierte Abbau des Öffentlichen Dienstes und das Überlassen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge an privatwirtschaftlich arbeitende Konzerne als katastrophaler Irrweg erwiesen. Kapitalwohl und Gemeinwohl schließen sich offensichtlich aus. Die mit PR vernebelte Hilflosigkeit der Verantwortlichen in Bundesregierung und EU wirkt grotesk. Rund 30% aller Vorsorgekapazitäten von Krankenhausbetten, Katastrophenschutz bis Personal in Gesundheitsämtern sind seit den 1990er Jahren im Rahmen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft in Deutschland abgebaut worden. Helmut Kohl ließ in den 1990er Jahren 65 000 Alarmsirenen abbauen! 2020 sind in Deutschland 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Überall haben wir auch einen Kompetenzabbau durch den Ersatz von Fachleuten durch Verwaltungspersonal, das nur noch Dienst nach Vorschrift machen kann. Die nationalen Sicherungssysteme sind geschliffen



Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und ›Hate Speech‹ ein totalitärer Staat aufgebaut wird, das zeigt Stefan Schubert (*Vorsicht Diktatur*, 320 S., geb. € 22.99) anhand geheimer Dokumente aus dem Innenministerium. Dabei stellen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung nur einen Bereich dar, um die Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken. Auch im Zuge der Migrationsdebatte, der Klimahysterie, des EU-Zentralismus und des zur Staatsdoktrin erhobenen »Kampfes gegen Rechts« werden im Grunde Sprech- und Denkverbote mit ständig neuen Gesetzen durchgesetzt. **Nicht überall, wo Demokratie draufsteht, ist auch Demokratie drin!**

worden und die Reste werkeln panisch dahin. Deshalb kann der Westen auch nicht mehr den Coronavirus liquidieren, sondern ihn nur irgendwie bekämpfen und der Bevölkerung irgendwelche Schutzmaßnahmen aufdrängen.

Wichtig ist der politische Schauwert der staatlichen Maßnahmen. Beat Balzli schrieb am 31.1.2021 in *WirtschaftsWoche Weekender*, das Management in der Coronakrise ist »Deutschlands teuerstes Staatsversagen aller Zeiten«. Durch die Unfähigkeit und Unwilligkeit, den Coronavirus zu liquidieren, entsteht ein dauerhaftes Geschäft für die Pharmaindustrie. Der Coronavirus wird zukünftig jährlich beimpft, das bringt viele Milliarden Dollar pro Jahr für die Pharmakonzerne des Westens. Der Neoliberalismus erweist sich in der heutigen Krise offensichtlich als *toxisch* für die westlichen Gesellschaften. Es wirkt wie eine Sepsis. Dagegen haben die Chinesen versucht, den Coronavirus zu isolieren und absterben zu lassen. Bis zum 7.2.2021 hatte das bevölkerungsreiche China insgesamt 4.636 Coronatote! Das im Verhältnis zu China kleine Deutschland hatte bis zum 18.3.2021 insgesamt 74.706 Coronatote. Dank des Westens wird es China nicht gelingen, den Virus zu besiegen. Der Westen liefert immer nach. Es globalisiert eben. Man darf fragen, welches System besser ist, ein nationalistisch-volksverbundenes oder ein kosmopolitisch-profitorientiertes?

Der Nebeneffekt dieser neoliberalen Coronapolitik in der EU und in Deutschland ist die Möglichkeit für eine andauernde Notstandspolitik, die Grundrechte außer Kraft setzt, falsche Erklärungen für Wirtschaftskrisen ermöglicht und Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung rechtfertigt. Dank digitaler Überwachungstechnik ist auch eine neue Qualität von politischer Diktatur möglich. Dies alles ist die Folge des neoliberalen Umbaus der deutschen Gesellschaft seit den 1990er Jahren. Übrigens haben die scheinlinken Parteien SPD und Grüne unter Schröder besonders gewütet. Man lese über die Kette der wesentlichen Gesetze unter den zwei Regierungen Schröder von 1998 bis 2005 nach.

Und nun greift wieder eine Partei nach der politischen Macht, die unter Schröder mitgewütet hat bei der weitgehenden Beseitigung der sozialen Marktwirtschaft, die Grünen. Normalerweise müßten die Grünen wegen des Angriffskrieges gegen Jugoslawien 1999, der Mitwirkung bei der Agenda 2010 oder ihrer Auffassungen über Sex mit Kindern oder der Forderung nach Aufhebung des Inzestverbotes von der poli-

tischen Bühne verschwunden sein. Dem ist nicht so. Alles wurde vergessen, die Medien ignorieren es, und die Grünen sind mit einer neuen Schlüsselidee munter auf der politischen Bühne. Sie sind aber auch mit uralten Ideen aus der Zeit von Josef Maria Fischer unterwegs. US-Atomwaffen sollen in Deutschland bleiben, die BRD soll mehr aufrüsten, damit die USA in Europa entlastet werden und die NATO im pazifischen Raum gegen China mehr Potential einsetzen kann. (Siehe: www.boell.de/de/2021/01/18/transatlantisch-traut-euch) Man schaue sich die illustre Unterschriftenliste an. Bezüglich Agenda 2010 will man von hartem Hartz IV zu einem etwas höheren Bürgergeld. Zur früheren Regelung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von 2005 will man nicht zurück. Man bleibt in der neoliberalen Grundhaltung. Die wird mit ergänzt durch zwei Leitideen, die es in sich haben, mit der Leitidee des ›menschengemachten Klimawandels‹ und der Leitidee einer ›Gesellschaft der Vielen‹. Der ›menschengemachte Klimawandel‹ als politische Schlüsselidee der Gegenwart hat einen ähnlich brutalen Charme wie die westliche Kampfidée des 20. Jahrhunderts von der ›jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung‹. Sie muß nicht stimmen, aber sie mobilisiert. Bei der ›menschengemachten Klimaerwärmung‹ handelt es sich nur um eine plausible Hypothese. Die Plausibilität hängt damit zusammen, daß exponentielles Bevölkerungswachstum und die energiefressende Konsumgesellschaft vom US-Typus, aber auch die aggressive Hochrüstung der USA und ihre Kriege, die Lebensbedingungen des Menschen auf der Erde verschlechtern.

Da muß wirklich umgesteuert werden. Das kann vernünftig geschehen, aber das kann auch unvernünftig geschehen. Vernünftig geschieht so etwas als evolutionärer Prozeß nach dem Motto: Lieber siebenmal abmessen, als einmal abschneiden. Das kann aber auch, wie es in Deutschland geschieht, in einem allgemein hysterischen Klima passieren, wo das unausgesprochene Motto gilt: Gleich siebenmal abschneiden und spätere Generationen dürfen dann nachmessen. Maßnahmen zur Bewältigung der ›menschengemachten Klimaerwärmung‹ können zur Entindustrialisierung und zum wirtschaftlichen Ruinieren von Staaten führen. Die Grünen und alle möglichen Nichtregierungsorganisationen erzeugen einen Druck durch kosmopolitisch-liberale Gruppen, einen raschen Wandel von Industrie, Landwirtschaft und Lebensweise zu erzwingen. Die Grünen nutzen die Verwirrung von natur- und technikwissenschaftlich ungebildeter Mittelschichten und Lebensunfähigen aus. Der Hintergrund der Agenda der Grünen ist bisher leider zu wenig ausgeleuchtet.

Direkt aus den USA kommt jedoch die Idee, das ursprüngliche Kämpfen um Gerechtigkeit für alle Menschen überzuführen in den Kampf um Privilegien für Gruppen, die aus der Geschichte oder in Gegenwart benachteiligt seien. Die Grünen wollen den Gleichheitsgrundsatz zugunsten zu privilegierender Minderheiten abschaffen. Ihr Plan ist eine ›Gesellschaft der Vielen‹, der ab Oktober 2021 auch in einem eigenen Ministerium durchgesetzt werden soll. Dabei hat das Grundgesetz die Gleichbehandlung aller deutschen Bürger geregelt, wenn auch im Leben oft dagegen verstoßen wird. »Wer dieses Gesetz ändern will, dem paßt der Gleich-

Junge Familien im ländlichen Raum, die sich ein kleines Eigenheim mit Garten aufbauen wollen, sind offenbar aus dem Weltbild der Grünen verschwunden. »Grüne Politik richtet sich wohl vor allem an die gut verdienenden Großstädter, die sich in ihrem Kiez mit dem Rad bewegen können und sich ansonsten an der bequemen DHL-Lieferung erfreuen«, meint Staatssekretär Thomas Bareis.



behandlungsgrundsatz nicht, der will, daß Bürger – und wenn auf dem Weg der positiven Diskriminierung – ungleich behandelt werden, der will, daß Bürger aufgrund ihres ›Geschlechtes‹ und ihrer ›Abstammung‹, ihrer ›Heimat und Herkunft‹ benachteiligt oder bevorzugt werden, der will den Bürger abschaffen und statt dessen gruppenbezogenen Menschen erster und zweiter Klasse definieren.« (Klaus-Rüdiger Mai, in: *Tichys Einblick-Online*, 18.2.2021)

Die Medien propagieren die Grünen als Vertreter einer zukunfts-gewandten Politik mit schicken Themen. Die Grünen werden gebraucht und in den Medien hofiert, die bekanntlich nicht im Besitz der Bevölkerung sind und wo die Bevölkerung auch keinerlei Mitsprache besitzt. Warum? Die Grünen sollen Mehrheitsbeschaffungs-partei für die nächste C-Regierung sein. Die Spatzen pfeifen es schon von den Dächern, daß Markus Söder und Annalena Baerbock das neue Altraumpaar sein sollen. Schon Angela Merkel hat die antiindustrielle und antideutsche Wende der Politik vorangebracht. Diese Wende soll weitergeführt und verschärft werden.

Aus den Grünen als Verbots- und Nötigungspartei (jüngst auch Kampf gegen das Einfamilienhaus!) wird zukünftig die Diskriminierungspartei gegen alle Deutschen und alle Heterosexuellen. Die Grünen wollen die ›menschengemachte Klimaerwärmung‹ rückgängig machen und alle gesellschaftlichen Diskriminierungen überwinden, die in der Geschichte der Unterdrückung gegenüber den Menschen entstanden sind. Sie sind angeblich die Partei der universellen Befreiung und der besorgten Bürger. Der Kampf gegen Intoleranz, Rassismus, Rechts-extremismus und Nazismus sei ihnen Herzensangelegenheit. Nach Karin Göring-Eckhardt soll Deutschland »Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe« sein. Und wehe: Jeder, der sich diesem Bestreben in den Weg stellt, den soll die ganze Härte der Guten treffen. Die Grünen sind keine liberale Partei. Sie sind aber eine moderne Partei, die in der Gesellschaft die Menschen gegeneinander ausspielen will, um die allerobersten Schichten vor der Wut der Völker zu schützen. Die Grünen sind so eine imperialistische Schutzpartei. Wer sie wählt, schadet sich selber. Wer die Grünen wählt, der vergiftet das politische Klima in Deutschland weiter. Die Grünen sind toxisch. Dagegen ist eine Grüne Mamba ein fast nettes Tier.

■ FrankEnberg

Intensivstationen voller Migranten

Es dauerte bis Anfang März, bis offiziell bekannt wurde, daß bundesweit »deutlich über 50 %« aller Patienten auf Intensivstationen Migranten sind. In manchen Kliniken beträgt deren Anteil sogar über 90 %! Die Bombe ließ kein Geringerer als RKI-Chef Lothar Wieler in einem *BILD*-Interview platzen. Da aber solche Informationen politisch unkorrekt sind, wurden Wielers Worte hinter einer Bezahlschranke versteckt. Daß es fast drei Wochen gedauert hat, bis diese hochbrisante Nachricht aus einer Schaltkonferenz des Chefs des Robert-Koch-Institutes mit Chefärzten an die Öffentlichkeit durchsickerte, liegt daran, daß die Bundesregierung Angst vor einer Rassismus-Debatte habe. Also hat man auch eine intensive Informationskampagne für Migranten unterlassen, um das zu unterbinden. Diese Kranken werden vernebelnd »Patienten mit Kommunikationsbarriere« genannt. Warum nicht »Menschen mit Mohammed-Hintergrund«? Denn die Masse von ihnen sind Moslems, die in Parallelgesellschaften leben und unsere Gesetze ignorieren. Ein Klinikchef zitierte eine Umfrage, wonach es »eine Gruppe gibt, die die Politik mit Corona-Warnungen überhaupt nicht erreicht«. Laut *BILD* sagte Wieler: »Aber es ist ein Tabu. Ich habe versucht, auf bestimmte Menschen zuzugehen. Wir müssen über Imame auf diese Religionsgruppe eingehen. Das Ganze hat für Berlin riesige Auswirkungen. Das ist ein echtes Problem. (...) Da sind Parallelgesellschaften mitten in unserem Land. Wenn man dort etwas ausrichten will, klappt das nur mit beinhardter Sozialarbeit in den Moscheen. Und da kommen wir nicht rein.« (Quelle: *bild.de*)

Im November 2020 hatte Bundesgesundheitsminister Spahn gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen* die Ansicht geäußert, daß mit Religion die Verbreitung des Virus nichts zu tun habe, aber »kulturelle Gepflogenheiten hingegen können die Ausbreitung des Virus erleichtern«. Es ist also stark anzunehmen, daß er schon damals wußte, wie die Zahlen aussehen. Fakt ist jedenfalls, daß die Bevölkerung ein *fundamentales Recht auf Aufklärung* hat, statt dessen wird sie bei heiklen sprich unangenehmen Tatsachen gegängelt. Der FDP-Politiker Alexander Lambsdorff schrieb am 11. Februar auf einen Tweet von Erika Steinbach, die offensichtlich von den vielen Corona-Intensivpatienten mit Migrationshintergrund gehört hatte: »Es gibt widerliche Tweets, es gibt ekelerregende Tweets und es gibt Tweets von Erika #Steinbach. Sie ist Teil einer fauligen Lügenmarinade, die unsere Gesellschaft vergiften will. #Corona #noAfD«. Das sagt alles.

Systemkritische Journalisten, Plattformen oder Schriften, die sich auf Quellen jenseits offizieller Verlautbarung und Statistik stützen, sollen mundtot gemacht werden. Ihre Verlautbarungen werden einfach als »Fake-News« oder bestenfalls als Halbwahrheiten gebrandmarkt. Im vorliegenden Fall tut sich das 2014 gegründete »Recherchezentrum Correctiv« bei der Verhinderung jeglicher Berichterstattung über Corona-Migranten besonders hervor. Es handelt sich um das »erste stiftungsfinanzierte Journalismusprojekt in Deutschland« und erhielt von der Brost-Stiftung eine Anschubfinanzierung in Höhe von drei Millionen Euro. ■

Freiheitlicher Schulterschuß mit der ›Straßē

Auch in Österreich wächst der Unmut über die Corona-Maßnahmen der Regierung. In der Kritik der Demonstranten stehen vor allem Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Innenminister Karl Nehammer (beide ÖVP), den man für die harten Polizeieinsätze gegen friedliche Bürger verantwortlich macht. Der von Kurz ruhiggestellte kleine Koalitionspartner in Form der Grünen ist dagegen weniger im Fokus. Allenfalls Gesundheitsminister und Ex-Volksschullehrer Rudi Anschober – im Volksmund meist ›Angstschober‹ genannt – wird wegen seiner Panikmache im Volk zum Ärgernis.

Nach anfänglicher Leisetreteri in der Corona-Causa kommt die FPÖ nun in Fahrt und stellt sich mittlerweile an die Spitze der Volksbewegung gegen die Freiheitsbeschränkungen. Seit vielen Monaten schon organisieren zahlreiche kleine Gruppen Demonstrationen gegen Kurz & Co., wobei man in Wien und Linz besonders agil ist. So finden seit Mai 2020 jeden Freitag Kundgebungen in der oberösterreichischen Landeshauptstadt gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen statt. Florian Ortner ist der Initiator dieser Freitagsdemos. Ebenfalls in Linz wurde die Initiative »ÖSTERREICHistFREI« gegründet, und zwar von der Unternehmerin und Mutter Edith Brötzner. Sie gibt zu, 2017 noch Kurz und damit ÖVP gewählt zu haben, bereut dies aber inzwischen sehr.

Am ersten Märzwochenende fand in Wien die bislang größte Demonstration gegen den Corona-Wahnsinn statt. Es war ein heterogenes Bündnis, das zum Protest gegen die Regierung Kurz aufrief. Organisator war der umtriebige Kärntner Patriot Martin Rutter, der einst als Landtagsabgeordneter von den Grünen über das Team Stronach schließlich zum BZÖ kam. Die Polizei nahm ihn noch vor Demobeginn fest. Zehntausende versammelten sich in der Innenstadt und strömten dann sternförmig zum Prater, wo FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz und FPÖ-

Bereits seit Januar finden in Wien Großdemonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der Kurz-Regierung statt. Während die Polizei die Demonstranten anfangs gewähren ließ, reagiert sie neuerdings vielfach mit Festnahmen und Pfeffersprayeinsatz. Foto: Alex Halada.



Fraktionschef im Nationalrat, Ex-Innenminister Herbert Kickl, die Abschlußreden hielten.

Damit gelang es zum ersten Mal seit Jahren der FPÖ wieder, über ihre eigene Anhängerschaft hinaus Protestpotential zu mobilisieren und so für ihre Zwecke einzuspannen. Denn all diese Wutbürger eint der Wunsch nach einem Ende des sog. Lockdown und der unseligen schwarz-grünen Bundesregierung mit Sebastian Kurz an der Spitze. Selbst FPÖ-Chef Norbert Hofer, ein Leisetreter, fordert nun: »Test- und Impfchaos beenden, Grund- und Freiheitsrechte wieder herstellen, keine Bestrafung von Menschen ohne Impfung, Impfplan überarbeiten«. Und Kickl bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: »Wenn mutige Bürger für ihr Recht auf die Straße gehen, dann ist es die Aufgabe der Politik, die Corona-Maßnahmen neu zu bewerten. Denn das Recht geht vom Volk aus!«

Für Empörung in den sozialen Medien sorgte ein Video, das zeigt, wie Polizisten eine friedliche 65jährige Corona-Maßnahmenkritikerin festhielten, ihr Handschellen anlegten und sie ins käfigähnliche Einsatzfahrzeug sperrten. Auch Ex-Nationalratspräsident Martin Graf (FPÖ) wurde völlig grundlos von der Polizei belästigt und bestraft. Kein Wunder, daß viele Bürger Vergleiche zum Austrofaschismus der 1930er Jahre ziehen, als der autoritäre Ständestaat unter Engelbert Dollfuß und seinem Nachfolger Kurt von Schuschnigg die Grundrechte einschränkte bzw. teilweise abschaffte und Andersdenkende verfolgte. ■

Strafgesetzbuch (St.GB) der Schweiz

Art. 258 StGB vom 2020

Schrecken der Bevölkerung

Wer die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegeln einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

1. Fassung gemäß Zg. 1 des BG vom 17. Juni 1994, in Kraft seit 1. Jan. 1995



Im Karussell des Wahnsinns

Im zweiten Band seiner zeitkritischen Betrachtungen widmet sich der politisch unkorrekte Publizist Gerald Grosz vor allem den aktuellen Themen Corona und »Flüchtlingsdeals«, wobei der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ein besonderer Reibebaum des eloquenten Steirers ist. Das Buch ist ein Sammelband, der Kolumnen und Meinungsbeiträge des früheren Intimus von Jörg Haider aus dem ersten Halbjahr 2020 enthält. Dabei unterfüttert Grosz seine Artikel mit eigens für dieses Werk verfaßten Grundlagentexten, in denen der Autor die momentan besonders brisanten Themen analysiert, und zwar vom politischen Umgang mit dem Corona-Virus über die globalisierte Wirtschaft bis hin zur Skandalherrschaft der meist im Gleichklang berichtenden Massenmedien. Mit spitzer Zunge nimmt Grosz zu all diesem Wahnsinn Stellung – ein publizistischer Genuß!

Gerald Grosz, »**Im Karussell des Wahnsinns**« – Zeitkritische Betrachtungen von Corona bis Erdogan, 192 S., € 20.–, ARES Verlag, Graz 2020

Zur Psychopathologie des Westens – ›gerechte Mathematik‹

Schon vor Jahrzehnten hat die bürgerliche Linke der Frankfurter Schule nur die scheinbaren Verkörperungen des Kapitalismus bekämpft. Nicht die Eigentumsverhältnisse oder die Geldverwaltungsstellen seien das eigentliche Kampfziel, sondern die subtilen und sublimen Formen der kapitalistischen Herrschaft, die uns zu Sklaven des Kapitalismus machen. »Macht kaputt, was euch kaputt macht!«, war die große Losung der 60er Jahre. Es galt immer, die Erscheinungen konsequent und lautstark zu bekämpfen, um mit dieser scheinbaren Pffiffigkeit den Kapitalismus im Herz zu treffen. Überall, in der Ehe und in Familie, in der Wissenschaft und Technik, in der Kunst, der Sprache, der Ernährung und im Alltag zeige sich und niste die kapitalistische Repression. Und genau dort sei sie zu bekämpfen. Die Linke will sich nicht mehr an den Arbeiter wenden, denn der ist ja an die kapitalistische Technik gekettet und deren blinder Sklave. Der Arbeiter kann nicht mehr revolutionär sein, er ist reaktionär geworden. Er ist verloren. Der richtige Revolutionär ist der kritische und antiautoritäre Intellektuelle, der die nötige antikapitalistische Sensibilität studieren konnte und in den Nischen der Gesellschaft sich aufhält, in den Unis, im Kunst- und Kulturbereich, an den Kirchen, in den Nichtregierungsorganisationen, in den Parteien, in den sozialen Medien und in dem, was man früher ›Boheme‹ nannte.

Schon die Junghegelianer der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts glaubten mit der Veränderung der Sprache und der Begriffe die Welt verändern zu können. Sprache bilde Machtstrukturen und Ungerechtigkeiten ab. Also müsse Sprache geändert werden. Eine dieser antiautoritären, gerechten, antirassistischen und emanzipatorischen Strategien ist das Gendern der Sprache, also für alle möglichen eingebildeten und wirklichen Geschlechtsvarianten eine niemanden mehr beleidigende Rede- und Schreibweise zu erfinden. Daß Sprache und Rede dann kaum mehr verstehbar sind und kabarettistisch wirken, muß hingenommen werden. Schick und verrückt. Wichtig ist das politisch korrekte Sprechen, Schreiben und Verhalten.

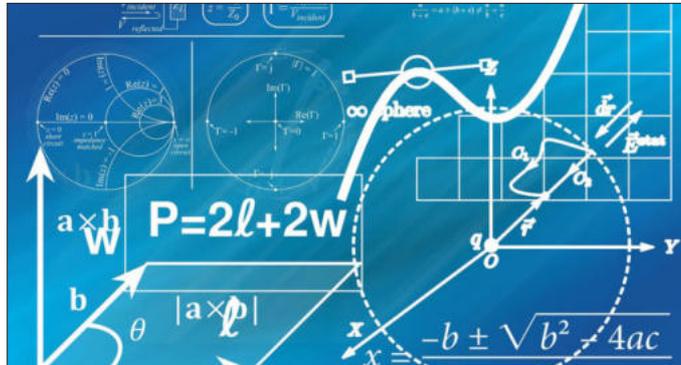
Aber es kommt noch besser. In Gabor Steingarts *Morningbriefing* vom 3.3.2021 ist zu lesen:

»Politische Korrektheit ist zuweilen nur ein anderes Wort für Wahnsinn. So tobt in den USA eine Debatte, die die Mathematik, eine Wissenschaft, die sich für gemeinhin auf logische Definitionen und objektive Strukturen stützt, ihrer angeblich rassistischen Wurzeln überführt. Den Startschuß der Debatte feuerte Brittany Marshall ab, Studentin an der Rutgers-Universität New Jersey. In einem Tweet schrieb sie: ›Die Idee von $2 + 2 = 4$ hat kulturelle Gründe. Als Folge von westlichem Imperialismus/Kolonisierung halten wir sie für das einzig Richtige.«

Steingart berichtet weiter:

»Der Mathe-Unterricht stütze sich auf, ›westliche Werte‹ und die lästige Forderung an die Mathematik-Schüler, doch in ihren Klausuren ein korrektes Resultat vorzulegen, sei ein Zeichen ›weißer Vorherrschaft‹. Dies behauptet ein Rund-

Die Regierung des US-Bundesstaats Oregon – eine linksliberale progressive Hochburg – schreibt mehr oder weniger vor, falsche Antworten auf mathematische Lösungen gelten zu lassen, weil der Unterricht sonst weiße Schüler bevorzuge. Auch die bisherige Hausarbeitspraxis gehört laut



den neuen Vorgaben auf den Prüfstand. So solle die »Hausaufgabenpolitik an die Bedürfnisse der farbigen Schüler« angepaßt werden. Künftig sollten die Lehrer auch die gesamtgesellschaftliche Dimension ihres Fachs berücksichtigen.

brief des Kultusministeriums im Bundesstaat Oregon. Darin heißt es, daß Schüler in Zukunft mindestens zwei Lösungen erarbeiten sollten: »Das Konzept, daß Mathematik rein objektiv ist, ist eindeutig falsch. An der Idee festzuhalten, daß es immer richtige und falsche Antworten gibt, schreibt diese Objektivität und die Furcht vor offenem Konflikt fort.«

Der amerikanischen Tageszeitung *Washington Examiner* zufolge ist die Bill & Melinda Gates-Foundation (!) der einzige Sponsor eines Projekts, das sich der Beseitigung von Rassismus aus dem Mathematik-Unterricht an US-amerikanischen Schulen widmet. Die Webseite »A Pathway to Equitable Math Instruction« (auf Deutsch etwa: »Ein Weg zu fairem Matheunterricht«) bezeichnet sich als »ganzheitliche Herangehensweise an die Mathematik, die Schwarze, Latinx und multilinguale Schüler der 6. bis 8. Klassen in den Mittelpunkt stellt und Hürden zur Mathe-Fairness abbaut«. Dem Lehrer wird empfohlen, Mathematik mit Hilfe von »Storytelling« (Geschichtenerzählen) zu vermitteln, wobei »Tanz, Musik, Lieder und andere kulturelle Arten der Kommunikation mit einbezogen werden«.

Im Laufe einer sich selbst radikalierenden Debatte gewinnen plötzlich jene Pädagogen die Oberhand, die aus Gründen der gesellschaftlichen Befriedung den Mathematik-Unterricht am liebsten aus den Schulen verbannen würden. Dieser bedeute schließlich, so ihr Argument, für viele Ethnien die größte Hürde, einen Studienplatz zu ergattern. Mathematik noch für alle zu lehren und das Wissen zu prüfen wird in den Geruch von Rassismus und Ungerechtigkeit gebracht. In »Einwanderungsgesellschaften« hat eine Matheprüfung dann wohl den Geruch einer bösen Selektion durch den »alten bösen weißen Mann«. Vielleicht wird es in den USA und auch in Deutschland bald Universitäten geben, die stolz auf ihre emanzipatorische Freiheit von Mathematik verweisen. Die Chinesen werden sich freuen, wenn der Westen weiter verblödet. Sie verblöden sicherlich nicht mit, denn sie haben noch was vor. Die Sponti-Lösung im Westen scheint zu sein: »Ich geh kaputt, gehst Du mit?«

■ Karl Engels

Rettet die deutsche Sprache vor dem Duden!

Der ›Verein Deutsche Sprache e. V.‹ (VDS) mit Sitz in Dortmund wurde 1997 mit dem Ziel gegründet, das Deutsche als eigenständige Kultursprache zu erhalten und zu fördern. Der Verein, der in Deutschland in zahlreichen selbständigen Regionalgruppen organisiert ist, geht in erster Linie gegen das sogenannte ›Denglisch‹ vor, also gegen Wortmischungen aus dem Englischen und Deutschen, lehnt aber die Übernahme von Fremdwörtern aus dem Englischen nicht grundsätzlich ab, sofern sie eine Lücke füllen. Nun prangert der VDS ein verhängnisvolles Vorhaben der Dudenredaktion, für Tausende Personen- und Berufsbezeichnungen das grammatikalische Geschlecht (Genus) durch das biologische Geschlecht (Sexus) zu ersetzen! Nachfolgend sei ein diesbezüglicher Aufruf des VDS abgedruckt.

Der Verein Deutsche Sprache e. V. fordert alle Freunde der deutschen Sprache auf, den aktuellen Bestrebungen der Dudenredaktion zu einem Umbau der deutschen Sprache entgegenzutreten. So wird auf den Internetseiten des Duden das in der deutschen Grammatik und im modernen Sprachgebrauch fest verankerte generische Maskulinum abgeschafft: »Mieter: Substantiv, maskulin – männliche Person, die etwas gemietet hat.« Frauen könnten demnach keine Mieter sein. Damit widerspricht der Duden nicht nur den Regeln der deutschen Grammatik, sondern auch dem Bundesgerichtshof, der im März 2018 letztinstanzlich festgehalten hat, dass mit der Bezeichnung »der Kunde« Menschen jeglichen Geschlechts angesprochen seien. Die Beschwerde der Klägerin, die von ihrer Sparkasse mit »Kundin« angeredet werden wollte, wurde kürzlich vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen.

Mit seiner Ankündigung, mehr als 12.000 Personen- und Berufsbezeichnungen mit weiblicher und männlicher Form in die Netz-Version des Werkes aufzunehmen, betreibt der Duden eine problematische Zwangs-Sexualisierung, die in der deutschen Sprache so nicht vorgesehen ist. Das biologische Geschlecht (Sexus) ist nicht mit dem grammatikalischen Geschlecht (Genus) gleichzusetzen. »Der Engel« ist geschlechtslos, »der Scherzkeks« kann auch eine Frau sein. Noch absurder wird das Vorgehen bei der Betrachtung des Plurals: »Die Ärztekammer« vertritt Ärztinnen und Ärzte gleichermaßen, ebenso wie das Finanzamt Geld vom »Steuerzahler« einzieht – unabhängig vom Geschlecht. Wenn wir konkrete Personen ansprechen, sagen wir selbstverständlich »Ärztin« oder »Lehrerin«.

Indem er diese Grundsätze mißachtet, ist der Duden auf dem Weg, seine Rolle als Standard-Referenzwerk für das Deutsche aufzugeben. Indem er Sprache nicht mehr nur widerspiegelt, sondern sie aktiv verändert, widerspricht er seinen eigenen Grundsätzen. Der VDS fordert deshalb den Duden auf, seine Sexualisierungspläne zu überdenken, in Zukunft sensibler und behutsamer mit der deutschen Sprache umzugehen und sich auf seine ursprünglichen Ziele zu besinnen.

Unter: <https://vds-ev.de/allgemein/aufrufe/rettet-die-deutsche-sprache-vor-dem-duden/> fordert der Verein Deutsche Sprache auf, mittels Unterschrift den unsinnigen Bestrebungen entgegenzutreten.

Kurzmeldungen

Linksextremisten prügeln JN-Chef ins Krankenhaus. Der Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation, Junge Nationalisten (JN), Paul Rzehaczek, ist bei einem brutalen Überfall in seiner Wohnung in Eilenburg bei Leipzig am 11. März angegriffen und krankenhaushausreif verletzt worden. Die Aktion der mutmaßlich linksextremen Täter zeigt eine völlig neue Vorgehensweise. Die Täter hätten nach dem Stand der Ermittlungen am frühen Morgen gegen die Haustür des Mehrfamilienhauses geschlagen und sich als Polizei ausgegeben. Als Bewohner des Hauses öffneten, drangen mehrere schwarz maskierte Personen in das Haus und stürmten zur Wohnung Rzehaczeks. Nach *Bild*-Informationen mußte sich der Chef der Jungen Nationalisten Sachsen auf den Boden legen, dann zertrümmerten die Täter ihm mit einem Hammer beide Fußgelenke, verletzten ihm am Kopf und besprühten ihn mit Reizgas. (Quelle: *Junge Freiheit*, 11.3.21, *bild*, 12.3.21)



Paul
Rzehaczek

Rechter Weber unerwünscht. Der Macht linker Journalisten erliegen auch Tourismusbüros, wenn sie Pressereisen veranstalten. So wurden zehn Journalisten in der Corona-freien Zeit zur viertägigen Pressereise »Ostseeküstenradweg« nach Rostock eingeladen. Darunter befanden sich auch Lohnschreiber der ultralinken *taz* und der linken Wiener Tageszeitung *Kurier*. Nachdem wohl die *taz*-Tante Eric Weber von der *Freien Presse Chemnitz* gegoogelt hatte, beschwerte sie sich beim Reiseveranstalter. Schließlich gilt der Schweizer Lokalpolitiker, im Zivilberuf Journalist, in den Augen Zeitgeistiger als Rechtsextremist. Daraufhin widerrief der Reiseveranstalter seine Zusage an Weber mit der Behauptung, es sei kein Platz mehr, obwohl noch genügend Zimmer frei waren. Selbst ein Beschwerdebrief der Gewerkschaft konnte die Willkürentscheidung nicht revidieren. (Quelle: Briefwechsel Weber)



Eric Weber

Mandic im Antifa-Fadenkreuz. Wenn rechte Politiker Wahlkampf machen, dann tritt meist die Antifa auf und versucht, Auftritte zu unterbinden. Und in Corona-Zeiten ist die staatliche Gängelung so groß, daß man kaum Kundgebungen veranstalten kann. Für den Freiburger Rechtsanwalt, Burschenschafter und AfD-Stadtrat Dubravko Mandic, der bei der baden-württembergischen Landtagswahl für den Wahlkreis Lörrach antrat, wurden die Auftritte zum Speißrutenlauf. Überall verfolgte ihn die Antifa – bei Wahlkampfreden vor Hunderten, die er erst gerichtlich durchsetzen mußte, ebenso wie an Wahlkampfständen. Sogar von »Monitor« bekam der »Volksanwalt« – wie er sich als nationaler Jurist nennt – Besuch. Die Journalistin stellte



Dubravko
Mandic

nur sachfremde Fragen, der Fernsehbeitrag war typisch einseitig. Man malte ein rechtsextremes Gespenst an die Wand. Teilweise weigerte sich auch die Polizei, Straftaten aufzunehmen, etwa nach Beleidigungen durch die Antifa, oder diese auf Abstand zu halten. Auch Übereifrige vom Ordnungsamt verfolgten Mandic, wenn er ohne Maske Interviews gab. Dieser zeigte jedoch Haltung und der Antifa die Stirn. Sein liberaler Intimfeind Jörg Meuthen scheiterte bislang daran, ihn aus der Partei zu werfen. (Quelle: *ARD* und *Youtube*)

Schwarze Abzocker. Kurz vor den Landtagwahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde bekannt, daß die Bundestagsabgeordneten Georg Nüßlein (CSU) und Nikolas Löbel (CDU) in Zusammenhang mit der Vermittlung von Masken-Geschäften Provisionen in sechsstelliger Höhe kassiert hätten. Nach massivem Druck aus der Union, die negative Auswirkungen für die bevorstehenden Wahlen befürchtete, traten beide aus ihren Parteien aus, das Mandat gab nur Löbel ab. Dieser hatte 2017 als 31-jähriger mit 29,3 % im Wahlkreis Mannheim das Direktmandat gewonnen, Nüßlein seit 2002 (!), also fünfmal hintereinander, das Direktmandat im Wahlkreis Neu-Ulm geschafft. Er hatte schon im Januar 2021 ein Lockdown-Ende für Ende Februar gefordert, ganz zum Ärger von CSU-Chef Markus Söder, der sich Anfang März als Moralist aufspielte, als der »Masken-Skandal« publik wurde; und das, obwohl die bayerische Staatsregierung Wahnsinnspreise für teilweise untaugliche Masken zahlte, an deren Vermittlung Strauß-Tochter Monika Hohlmeier (MdEP, CSU) beteiligt war. Auch CDU-Chef Armin Laschet mimte den Saubermann in der Maskenaffäre, obwohl er 2020 seine Kontakte hatte spielen lassen, als es um die schnelle Beschaffung von Masken ging. Dieses millionenschwere Geschäft wurde von seinem Sohn Joe eingefädelt, was die SPD kritisierte. (Quelle: *DLF*)

Deutscher schuf Corona-Antigen. Wie die BRD mit Personen umgeht, die uneigennützig medizinische Hilfe leisten wollen, zeigt der Fall des Professors Winfried Stöcker. Der Mediziner und frühere Pharmaunternehmer, der 2017 sein milliardenschweres Unternehmen »Euroimmun« verkauft hatte, forschte nach Bekanntwerden der Corona-Misere in seinem privaten Labor im schleswig-holsteinischen Groß-Grönau nach einem Antigen. Nachdem er ein solches entwickelt und erfolgreich an Freiwilligen getestet hatte (97 % Wirksamkeit!), ging er damit an die Öffentlichkeit. Es entstand ein Briefwechsel mit Prof. Drosten von der Berliner Charité und dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Letzteres zeigte Stöcker daraufhin bei der Staatsanwaltschaft Lübeck an. Diese leitete Ermittlungen ein, denn der Mediziner »soll ohne die erforderliche Erlaubnis ein Corona-Antigen hergestellt und in der Folgezeit sich selbst und anderen Personen verabreicht haben, ohne daß er über die dafür erforderlichen Genehmigungen verfügte«. Stöcker stellte schließlich die »Rezeptur« ins Internet und rief deutsche Pharmaunternehmen auf, auf dieser Basis einen Impfstoff zu entwickeln. *Spiegel TV* hatte die Causa aufgegriffen, ein AfD-Politiker darüber in einem Landtag berichtet. (Quelle: *Spiegel TV*)

Sieg gegen Linkspresse. Gegen den Vorwurf der vom Wiener Journalisten Wolfgang Fellner herausgegebenen, österreichweit erscheinenden Zeitung *oe24*, er habe eine »rechtsextreme Gesinnung«, konnte sich Brigadier i.R. Josef Paul Puntigam erfolgreich gerichtlich zur Wehr setzen. Das Blatt hatte in einem tendenziösen Beitrag mit der Überschrift »Dossier: Warnung vor bewaffnetem Netzwerk im Heer« behauptet, Puntigam und ein weiterer Soldat, die dem Verein »Militär Fallschirmspringer Verbund-Ostarrichi (MILF-O)« angehören, hätten eine solche Weltanschauung. Da es jedoch keine Beweise dafür lieferte, klagte der pensionierte Brigadier. So wurde *oe24* am 9. Juni 2020 vom Landesgericht für Strafsachen Wien wegen übler Nachrede verurteilt. Doch das Blatt legte Berufung ein. Das Oberlandesgericht Wien gab aber diesem Rechtsmittel am 4. März 2021 nicht statt, so daß das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig wurde. Entscheidend für den Richterspruch war der Umstand, daß weder das Heeresabwehramt noch das linkslastige Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW), die von *oe24* als Zeugen für die Behauptung angegeben waren, Fakten für die journalistische These liefern konnten. Die Betroffenen bekamen jeweils eine Entschädigung in Höhe von 2.000 Euro zugesprochen. Das Medium muß nicht nur Anwalts- und Prozeßkosten zahlen, sondern auch einen Widerruf der falschen Behauptung veröffentlichen. Hintergrund der Intrige dürfte Puntigams Einsatz bei der Renovierung des monumentalen Fallschirmjägerdenkmals im südoststeirischen Feldbach sein, worüber schon mehrere linke Gazetten mit negativem Unterton berichtet hatten. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Polizei jagt Maskenmuffel. Da ein Jugendlicher im Hamburger Jenischpark keine Maske trug und neben einem Freund ohne Mindestabstand saß, kontrollierte ihn die Polizei. Als er wegrannte, wurde er von der Polizei mit Blaulicht und Sirene verfolgt. Dabei rasten die Beamten über Stock und Stein, beschädigten den Dienstwagen und gefährdeten andere, sogar eigene Beamte, bis sie ihn stellen konnten. Ein Bürger erstattete Anzeige gegen die Ordnungshüter wegen Nötigung. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Rutter verurteilt. Der Kärntner Ex-Landtagsabgeordnete Martin Rutter (einst Grüne, dann Team Stronach bzw. Team Kärnten, schließlich BZÖ) wurde Mitte März nicht rechtskräftig wegen Verhetzung vom Landgericht Klagenfurt von Richterin Sabine Roßmann zu vier Monaten mit Bewährung und einer Geldstrafe von 200 Tagessätzen zu je vier Euro verurteilt. Sein Vergehen war es, auf seiner *Facebook*-Seite angeblich gegen Homosexuelle gehetzt zu haben. Er war im September 2020 an einer Demonstration beteiligt, bei der eine Regenbogenfahne zerrissen wurde. Dies echauffierte Kärntens roten Landeshauptmann Peter Kaiser so, daß er Anzeige erstattete hatte. Staatsanwältin Lisa Kuschinsky vertrat die Anklage vor Gericht. In Zusammenhang mit seinen Aussagen im Internet unterstellte das Gericht ihm Hetze gegen Homos. Rutter betonte jedoch, es sei ihm um

die Ächtung der Regenbogenfahne mit »Herzen in Herzen« gegangen, was ein Symbol für Pädophilie sei. Dies glaubte man ihm nicht und meinte, die Pädofahne sehe anders aus. Laut Rutter sei es keine Aktion gegen Schwule gewesen. Für Richterin Roßmann verhielt sich der Angeklagte unglaubwürdig. Eine Bewährungsstrafe sei daher noch ausreichend. Rutter ging in Berufung. (Quelle: *apa*)

Die ›Rasse‹ soll rasch raus. In der bundesrepublikanischen Berufspolitik gibt es breite Zustimmung zu dem Ziel, den Begriff ›Rasse‹ aus dem Grundgesetz zu streichen. Die zahlreichen Befürworter einer Streichung des Begriffs bemängeln, daß das Artikel 3 des Grundgesetzes mit der derzeit gültigen Formulierung die Vorstellung ›transportiere, daß es tatsächlich (!) menschliche Rassen gebe. Der Begriff ›Rasse‹ habe keinerlei wissenschaftliche Grundlage. In der gültigen Formulierung heißt es nämlich: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.« Nun haben sich Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) auf eine neue Formulierung geeinigt: »Niemand dürfe aus rassistischen (sic!) Gründen benachteiligt oder bevorzugt werden.« Die hierfür notwendige Verfassungsänderung würde eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat erfordern. Ob diese erreicht wird, ist unklar. Innen- und Rechtspolitiker von CDU und CSU befürworten eine Formulierung, wonach niemand wegen seiner »vermeintlichen Rasse« diskriminiert werden dürfe. (Quelle: u.a. *Die Welt, Der Spiegel*, 5.3.21)

Das Wetter kriegt Migrationshintergrund. Seit 1954 vergibt das ›Institut für Meteorologie‹ der FU Berlin Namen für Hoch- und Tiefdruckgebiete, die das Wetter in Mitteleuropa beeinflussen. Eine Wetterkampagne soll das Wetter in Deutschland »diverser« machen. Seit Januar 2021 tragen Hoch- und Tiefdruckgebiete häufiger Namen mit Migrationshintergrund: etwa »Ahmet«, »Goran« oder »Chana«. Mit der Kampagne »Wetterberichterstattung« will das Netzwerk ›Neue deutsche Medienmacher*innen‹ (NdM) Vielfalt in der Bevölkerung sichtbar machen. Dazu hat der Zusammenschluß vierzehn Patenschaften (zu je 240 bis 360 Euro) für Hoch- und Tiefdruckgebiete gekauft – was zur Vergabe des Namens berechtigt. (Quelle: u.a. *FAZ*, 5.1.21)

Ist ›elitär‹ zu sein verpönt? In einem mit »Warum so elitär, warum so weiß?« überschriebenen *Spiegel*-Artikel moniert Jakob Schönhagen: »Während die Fußball-Nationalmannschaft ohne Einwanderer- oder Arbeiterkinder nicht vorstellbar wäre, ist das im deutschen Volleyball anders. Er ist überwiegend weiß. Zudem gilt er als Akademikersport.« Neun von zehn Nationalspielerinnen hätten Abitur, fast alle seien weiß. Dem deutschen Volleyball fehle es an Vielfalt – auf vielen Ebenen. Dabei müßte sich der Sport, der nicht bunt genug sei, dringend stärker öffnen. Christian Dünnes, Sportdirektor beim Deutschen Volleyballverband (DVV), pflichtet dem Mainstream-Journalisten bei: »Andere Nationen schaffen es aktuell besser, Menschen aus sozialökonomisch schwächeren Schichten oder Menschen

Deutschlands Volleyballerinnen sind manchem Mainstream-Journalisten »zu weiß«
Foto: picture alliance/dpa/
Jakub Piaseclij



mit Migrationshintergrund in ihre Auswahlteams zu integrieren.« Der Zuschauer wolle »Diversity« sehen. In der *Junge Freiheit*

entgegnet Boris T. Kaiser: »Und das will man doch schließlich sehen, wenn man als deutscher Zuschauer mal wieder »Brot und Spiele« gucken geht. Sonst kann man ja gleich zuhause bei der eigenen langweilig weißen, biodeutschen Besserverdiener-Familie bleiben«. (Quelle: *Spiegel*, 2.3.21, *Junge Freiheit*, 4.3.21)

Redaktionsstuben fehlt angeblich die Vielfalt. Die Bundesregierung hat dem Verein »Neue Deutsche Medienmacher*innen« den Auftrag erteilt, Medienhäuser »bei der Weiterentwicklung ihrer Diversity-Ansätze« zu beraten. Sie will offenbar beeinflussen, wie Redaktionen besetzt werden, indem mehr Mitarbeiter mit Einwanderungs- und Fluchthintergrund dort platziert werden. Ferdinand Knauss (*tichyseinblick.de*, 11.3.21) kommentierte Merkels Vorstoß mit den Worten: »Wollen diejenigen, zu deren Hauptaufgabe die kritische Berichterstattung über die Regierenden gehört, sich also tatsächlich von eben deren Beauftragten beraten lassen? Von entrüstetem Widerspruch ist jedenfalls bislang nichts an die breite Öffentlichkeit gedrungen.«

Null-Asylbewerber-Politik in Dänemark. Nachdem die sozialdemokratische (!) dänische Regierung zu einer Umbewertung der Sicherheitslage in der syrischen Hauptstadt Damaskus gekommen ist, setzt sie den nächsten Schritt ihrer Null-Asylbewerber-Politik um und fordert syrische Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat auf. Menschenrechtsgruppen sind entsetzt. Am 13. 3. 21 trat in Dänemark außerdem ein Gesetz in Kraft, das offiziell »antidemokratische« Spenden von möglicherweise extremistischen Kräften aus dem Ausland verbietet. Hinter dieser Formulierung steht der Versuch, Spenden muslimischer Organisationen und Regierungen an Moscheeverbände in Dänemark zu unterbinden. (Quelle: *unser-mittleuropa.com*, 6.3.21. u. *Süddeutsche Zeitung*, 13.3.21). In ihrem Kampf gegen islamische Parallelgesellschaften macht die dänische Regierung nun Ernst: Der Anteil von Bewohnern »nicht-westlicher« Herkunft solle künftig in jedem Stadtviertel auf höchstens 30 Prozent begrenzt werden. (Quelle: *Welt*, 18.3.21)

Merkel ermutigt Migranten zu deutscher Staatsbürgerschaft. Nach dem Integrationsgipfel Anfang März ermutigte die Bundeskanzlerin Migranten dazu, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Noch immer gebe es strukturelle Nachteile für Migranten, erklärte sie (Quelle: *FAZ*, 9.3.21) Nach 5 Jahren sind immer

noch 65% der knapp 2 Millionen Migranten, die hierher kamen, arbeitslos. Indes forderte die Türkische Gemeinde die Bundesregierung auf, das Staatsangehörigkeitsrecht umgehend zu ändern und die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen, sprich als erstes das sogenannte Optionsmodell aufzuheben.



Pinar Atalay

Tagesthemen auf Türkisch. Pinar Atalay, Tochter türkischer Einwanderer, moderierte anlässlich des 50jährigen Bestehens der »Sendung mit der Maus« in einem Modellversuch die »Tagesthemen« auf Türkisch an. Als »Tagesthemen«-Sprecherin verkündet sie ansonsten die Nachrichten (noch) auf Deutsch. Seit über fünf Jahren gibt es bereits die »Tagesschau im 100 Sekunden« auf Arabisch für sogenannte Flüchtlinge. (Quelle: *unser-mittleuropa.com*)

Bundesrat will Fleisch-Steuer: Verbrauchern droht der »Wurst-Soli«. Das wird teuer! Der Bundesrat hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, eine Tierwohl-Abgabe einzuführen. Die Einführung einer Verbrauchssteuer von 47 Cent pro verkauftem Kilo Fleisch, ein Aufschlag auf die Einkommensteuer und die Erhöhung der Mehrwertsteuer sind im Gespräch. Es hagelt Kritik! Christoph Minhoff vom »Bund der Ernährungsindustrie« warnt die Politik davor, »mündige Bürger« zu erziehen. (Quelle: *Bild*, 6.3.21)



Franz-Josef Overbeck

Papst Franziskus dürfte wenig begeistert sein. Bekanntlich hat der Vatikan Segnungen gleichgeschlechtlicher Beziehungen für unzulässig erklärt. Nun hat der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck diesem Segnungsverbot widersprochen: Eine solche Position werde in der heutigen Zeit nicht mehr akzeptiert, und er fordert »wertschätzende Neubewertung der Homosexualität«. Der Diözesanrat in Aachen hatte unlängst in einer Stellungnahme bekundet. »Wenn Menschen ihre von Liebe und Verantwortung getragene Partnerschaft unter Gottes Segen stellen wollen, kann die Kirche den Segen nicht verweigern.« (Quelle: *spiegel.de*, 19.3.21)



Jens Spahn

Kaufpreis von Spahns Villa darf veröffentlicht werden. Im vergangenen Jahr hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) zusammen mit seinem Mann Daniel Funke eine Villa (laut Maklerwerbung ein »traumhaftes Baudenkmal in Bestlage« mit 285 Quadratmetern Wohnfläche) im Berliner Nobelviertel Dahlem gekauft. Zuletzt wehrte sich Spahn immer wieder gegen Medienberichte über den Kauf des Hauses vor allem wegen des Kaufpreises. Nun erklärten Spahns Anwälte, daß die Kaufsumme von 4,125 Millionen Euro genannt werden dürfe. Laut *Spiegel* dürfte Ruhe trotzdem in Spahns Immobiliengeschäften nicht einkehren. Kurz vor Weihnachten hätten Reporter des *Sterns* und des *Tagesspiegels* nachgehakt und zwei weitere umstrittene Immobilienkäufe Spahns öffentlich gemacht. (Quelle: u.a. *spiegel.de*, 19.3.21)

Neue ernüchternde Zahlen

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter – und sie findet häufig in Beziehungen statt. Seit 2015 erstellt das Bundeskriminalamt KA kriminalstatistische Auswertungen zur Partnerschaftsgewalt in Deutschland. Den einzelnen Statistiken zufolge werden jährlich etwa 300 Frauen in Deutschland getötet. Etwa ein Drittel aller Morde, die in der Statistik unter »Partnerschaftsgewalt« geführt werden, begingen Männer, die keinen deutschen Paß besitzen. Dabei liegt der Ausländeranteil hierzulande nur bei gut sieben Prozent. (Quelle: u.a. *Die Welt*, 8. 3.21)

8.390 negative Asylbescheide für Afghanen aufgehoben. Fast drei Viertel aller negativen Asylentscheide landen vor Gericht. Im Jahre 2020 haben Gerichte Tausende Ablehnungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kassiert, die meisten für Afghanen. Die Linke und linksgerichtete Organisationen wie »Pro Asyl« sprechen von einer »skandalösen Fehlerquote«. In den weitaus meisten Fällen konnten die Afghanen allerdings lediglich ein Abschiebungsverbot erstreiten. In genauen Zahlen: Knapp 79 000 Entscheidungen über Asylanträge fällte das Bamf im ersten Halbjahr 2020. Mehr als 47 000 dieser Entscheidungen fielen negativ aus. Davon wurden rund 74 Prozent gerichtlich angefochten. (Quelle: *T-online.de*)

Clans kontrollieren ganze Viertel Berlins. In seinem Anfang März erschienenen Buch *Rechtsstaat am Ende* befaßt sich Oberstaatsanwalt Ralph Knispel insbesondere mit der Clan-Kriminalität. Für Berlin zählt er 15 bis 20 agierende Großfamilien mit knapp 10.000 Mitgliedern. Ein Viertel der Fälle Organisierter Kriminalität (OK) gehen laut Knispel auf das Konto der berüchtigten Clan-Familien. Die Bereiche Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung, Raubüberfälle, Einbrüche und schwere Diebstähle seien besonders begehrt. Aber in Essen und Duisburg würden kriminelle Banden ganze Stadtviertel kontrollieren, warnt Knispel. (Quelle: *bz-berlin.de*, 2.3.21) Aus dem ersten Lagebericht zur Clankriminalität des Berliner Landeskriminalamts geht hervor, daß mit rund 45 Prozent »deutsche Staatsbürger« den größten Anteil unter den meist arabischstämmigen Clan-Kriminellen stellen. In den Clanstrukturen sehe die Polizei »die prinzipielle Ablehnung der deutschen Rechtsordnung«. (Quelle: *faz.net*, 15.3.21)

Zahl der eingeschleusten Ausländer stark gestiegen. Wie aus einem vertraulichen Bericht der deutschen Sicherheitsbehörden hervorgeht, wurden 2020 mehr als doppelt so viele Menschen eingeschleust wie im Jahr zuvor. Laut einem *Spiegel*-Bericht fielen der Polizei mehr als 15.000 Personen auf, die in fast 2.000 Fällen versteckt ins Land gebracht worden waren. Die Flüchtlinge kamen am häufigsten aus Afghanistan, Syrien, Bangladesch, Pakistan und dem Irak. In knapp zwei Dritteln der Fälle waren sie in Lastwagen versteckt. (Quelle: *finanznachrichten.de*, 12.3.21)

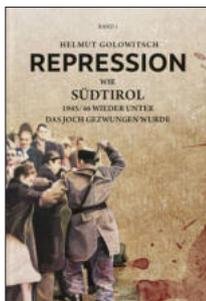
4,6 Milliarden Euro – für dieses gigantische Volumen soll das Bundesgesundheitsministerium im Frühjahr 2020 Aufträge vergeben haben, ohne diese vorher auszuschreiben! Das berichtet die *Welt am Sonntag* (21.3.21), die sich dabei auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion beruft.

Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte



Christoph Franceschini, *Geheimdienste, Agenten, Spione – Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte*. 512 S., € 27,50. Edition Raetia, Bozen 2020

Unter dem Titel *Geheimdienste, Agenten, Spione. Südtirol im Fadenkreuz fremder Mächte* erschien Ende letzten Jahres ein quellenbasiertes Buch über nachrichtendienstliche Tätigkeiten in Südtirol in den 1950er und frühen 1960er Jahren. Dem Historiker Christian Franceschini war es gelungen, in den Archiven unbekanntes, oft verschlossene Dokumente auszuheben und auszuwerten. Daraus geht hervor, wie italienische Geheimdienste deutsche Südtiroler anwarben, um die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Volksgruppe abzuwehren. Vor allem die Südtiroler Volkspartei (SVP) stand im Fokus Roms. Man schleuste Spitzel ein oder »zapfte« Mandate an, damit die SVP Abstand von einer Loslösung des Landes von Italien nimmt. Dabei schreckten Italiens Geheimdienste auch nicht davor zurück, Provokationen in Form von Bombenanschlägen zu inszenieren, die den Südtiroler Freiheitskämpfern in die Schuhe geschoben wurden. Rom förderte italienische Vereine in Südtirol und deutschsprachige Zeitungen, die liberal oder links waren, um die einflußreiche volkstreuere Tageszeitung *Dolomiten* sowie das Periodikum *Volksbote* medial zu schwächen. Eine bedeutende Rolle spielte auch der US-Geheimdienst CIA, der stets über die Aktivitäten der Widerstandskämpfer gegen Rom informiert war. Er duldete diese, da bis Anfang der 1960er Jahre unklar war, ob Italien auf Grund seiner starken kommunistischen Partei nicht kippt und die NATO verläßt. Der Autor nennt in puncto Agenten Namen und liefert Fakten zum Kurswechsel der USA in der Südtirolpolitik nach 1961. Ein quellenreiches, spannend geschriebenes Buch! ■



Helmut Golowitsch, *Repression – Wie Südtirol 1945/46 wieder unter das Joch gezwungen wurde*. 540 S., • 28,90. Verlag Effekt!, Neumarkt/Südtirol 2020

Der einstige Südtirol-Aktivist und frühere *Aula*-Autor Helmut Golowitsch veröffentlichte Ende 2020 ein neues Werk über Südtirol. Alle seine Bücher sind bestens recherchiert und frei von zeitgeistigen Einflüssen. Diesmal legt er den Schwerpunkt auf die Zeit unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Damals entschied sich, ob die Alliierten Südtirol bei Italien belassen oder Rom seine Kriegsbeute für das Eintreten 1915 in den Krieg auf der Seite der Entente zurückgeben muß. Das Vorwort schrieb der Ex-SVP-Spitzenpolitiker Franz Pahl, das letzte nationale Urgestein der 1945 gegründeten Partei, die nach wie vor an Etsch und Eisack den Ton angibt, aber sich längst mit der Autonomie zufriedengegeben hat. 1945 herrschte in allen italienischen Parteien Konsens darüber, daß Südtirol im Staatsverband bleiben soll. Daher knüpften auch die demokratischen Nachkriegsregierungen in Rom in puncto Kriegsbeute »Alto Adige« nahtlos an die faschistische Politik der Entnationalisierung und gezielten italienischen Unterwanderung des deut-

schen Landes südlich vom Brenner an. Mit staatlich geduldetem Terror uniformierter Banden hielt man die autochthone Bevölkerung Südtirols in Schach. Es ist Golowitschs Verdienst, bisher weitgehend unbekannte Dokumente in den Landesarchiven Nord- und Südtirols sowie im Österreichischen Staatsarchiv in Wien gefunden und diese erschütternden Unterlagen der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu haben. ■

Martin Schulz (SPD) verfälscht die Geschichte

Der vor nicht allzu langer Zeit als Hoffnungsträger der SPD gefeierte Martin Schulz fand am 14. Dezember 2020 Unterschlupf in der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, nachdem er sich verpflichtet hatte, nachdem er 2018 seinen Verzicht auf den Eintritt in die Bundesregierung und kurz danach seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur bei der Bundestagswahl 2021 erklärt hatte. Als neuer Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung beging Martin Schulz den 150. Geburtstag von Friedrich Ebert in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (4.2.21) mit einer groben Geschichtsverfälschung:

»Dieser erste Präsident einer deutschen Republik ist einer der wahren Helden der jüngeren Geschichte unseres Landes. Ein Mann, der sein ganzes Leben für Demokratie und Freiheit kämpfte.«

In seinem *Morning Briefing* vom 4. Februar 2021 bemängelt Gabor Steingart, daß Schulz die Zwiespältigkeit in Eberts politischem Tun keineswegs erwähnt hat. Steingart meint, Ebert sei nicht sein Leben lang der Kämpfer gegen Militarismus und Revanchismus gewesen, den Martin Schulz in Ebert sehen will. Das Leben von Friedrich Ebert spiegele vielmehr die »Widersprüchlichkeit einer SPD wider, die sich weder im Kaiserreich noch in der Frühphase der Weimarer Republik zum konsequenten Kampf für die Demokratie entscheiden konnte«.

Es sei daran erinnert, daß Ebert als Abgeordneter des Reichstages und Vorsitzender der SPD 1914 den Mehrheitsbeschluß seiner Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite mittrug: »Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich« (Fraktionsvorsitzender Hugo Haase). Nach dem Ersten Weltkrieg ließ Friedrich Ebert nun als Reichskanzler seinen Innenminister Gustav Noske (ebenfalls SPD) walten, der von sich sagte: »Einer muß der Bluthund werden.«

Auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin begrüßt Friedrich Ebert am 10. Dezember 1918 heimkehrende deutsche Soldaten.





Wolfgang Thierse (SPD) und die Sorge um den Gemeinsinn

Mit einem Essay zur Identitätspolitik der gegenwärtigen SPD-Spitze, erschien am 22. Februar 2021 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, hat Wolfgang Thierse eine Debatte um linke Identitätspolitik losgetreten. Thierse, der 15 Jahre lang stellvertretender Parteivorsitzender der SPD und von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages war, befürchtet, daß angesichts der immer heftiger und aggressiver werdenden Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender Identitätspolitik zu einem Grabenkampf werden kann, der den Gemeinsinn zerstört. Eine zentrale Stelle seines Gastbeitrags lautet:

»Weil der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer diversen, sozial und kulturell fragmentierten ›Gesellschaft der Singularitäten‹ (Andreas Reckwitz) nicht mehr selbstverständlich ist, muß er ausdrücklich das Ziel von demokratischer Politik und von kulturellen Anstrengungen sein, eben vor allem auch der Sozialdemokratie. Es muß ihr kulturelles Angebot sein, daß Solidarität, um die geht es nämlich, kein *einseitiges* Verhältnis ist, kein *Anspruchsverhältnis gegen die Anderen*, sondern auf Wechselseitigkeit und das Ganze umfassend zielt.« (durch *Erfeies Forum* hervorgehoben)

Im Klartext: Zu einer Volkspartei würde aber die »Wahrung von Minderheits- und Mehrheitsinteressen« gleichermaßen gehören. Eine radikalisierte Identitätspolitik von links, wie zur Zeit vielfach betrieben, führe zu einer »Cancel Culture (die einer gesellschaftlichen Ächtung gleichkommt)« und langfristig zu einer Spaltung der Gesellschaft. Zielscheibe von Thierse's Kritik sind innerhalb seiner Partei SPD Saskia Esken und der ehemalige Juso-Chef Kevin Kühnert, der nach eigenen Worten »Lesben, Schwule und Queers in der Corona-Krise besonders gebeutelt« sieht. Der Journalist Stefan Detjen mutmaßt hingegen, daß Esken und Kühnert sich durch den Konflikt mit Wolfgang Thierse auf billige Weise den Anschluß an die jungen Linken erkaufen wollten. Jedenfalls dokumentiere die explosive gesellschaftliche Auseinandersetzung die innere Zerrissenheit der SPD.

Thierse, dem nach seinen Worten vorgehalten werde, »die Ansichten eines alten weißen Mannes mit heterosexueller Orientierung« zu haben, sei davon überzeugt, mit seiner Kritik an der »Identitätspolitik« einen Nerv getroffen zu haben und auf dem richtigen Weg zu sein, habe eine »überwältigende Zustimmung« erhalten. Der ›Lesben- und Schwulenverband in Deutschland‹ (LSVD) sprach dagegen von einem »neurechte[n] Sprech«; dessen Vorstandsmitglied Alfonso Pantisano wertete Thierse's Beitrag gar als »reaktionär«! Man mag sich schon vorstellen, was uns blüht, wenn die neue Garde der SPD im Verbund mit den Grünen an die Macht kommen sollte. ■

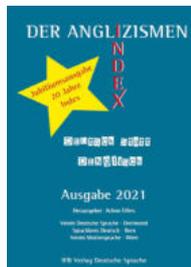
Wichtige Neuerscheinungen!

G. Wisnewski · **verheimlicht - vertuscht - vergessen 2021**



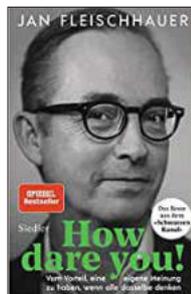
Was 2020 nicht in der Zeitung stand. Noch nie war es so wichtig, spannend und aufwühlend wie heute: verheimlicht - vertuscht - vergessen! Mit seinem scharfen journalistischen Skalpell seziert Gerhard Wisnewski das historische Jahr 2020, in dem mafiöse Eliten versuchen, das Schicksal der Menschheit auf den Kopf zu stellen und den Globus einem totalitären Corona-Regime zu unterwerfen. Dieses Buch beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. (288 S., geb. € 14.99)

Achim Elfers · **Der Anglizismen-Index 2021**



Sie wollen Denglisch vermeiden? Dann ist dies genau das richtige Buch. Der Anglizismen-Index ist ein Verzeichnis von Wörtern und Wendungen, die in die deutsche Sprache eingedrungen sind. Für jeden Anglizismus ist mindestens eine deutsche Entsprechung angegeben. Eine wichtige Orientierungshilfe für alle, die deutsche Texte mit englischen oder pseudoenglischen Ausdrücken nicht verstehen oder sie ablehnen und auch für jene, die Anglizismen in eigenen Texten möglichst vermeiden wollen. Ein Buch zum Schmöckern. Ein Buch zum Bessermachen. (372 S., br. € 16.-)

Jan Fleischhauer · **How dare you!**



Vom Vorteil, eine eigene Meinung zu haben, wenn alle dasselbe denken. Fleischhauer ist der Meister der politischen Kolumne: Er ist nicht nur bissig, provokant und sehr unterhaltsam. Seine Fans lieben ihn vor allem deshalb, weil er sich die Freiheit nimmt, eine eigene Meinung zu vertreten. Ob über die Ökoträume der Grünen, den Rudeltrieb in den Medien oder die neue Kultur der Empfindlichkeit: Fleischhauer traut sich, dagegen zu halten, auch wenn er dafür anschließend Prügel bezieht. (304 S., geb. € 20.-)

Stefan Scheil · **Abschreckungspläne**



Scheil zeigt jene Welt voll von machtpolitischen Ambitionen und gegenseitigem Mißtrauen auf, in der in den 1930er Jahren internationale Politik gemacht wurde. Und er bringt ein vollständiges Schlüsseldokument zum Verständnis der deutschen Politik der Jahre 1938/39, den Abschlussbericht des deutschen Botschafters Joachim von Ribbentrop nach eineinhalb Jahren Tätigkeit in London. Ribbentrop erläuterte darin exklusiv für Hitler, wie und warum sich Großbritannien wahrscheinlich gegen jede Änderung des Status Quo in Mitteleuropa stellen würde, und sei es nur der Anschluss Österreichs. (185 S., geb. € 19.90)

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

»Sprachverhunzung«

Dem WDR ist nichts zu dumm!
Er drangsaliert ihr Publikum,
wenn der Moderator folgsam liest,
mit »Gendern« jeden Text vermiest!
Sein Genderwahn ist unerhört!
Man meint, er wäre sprachgestört!

Wer unsre Sprache so verhunzt,
sich stolz noch wähnt in »Dudens« Gunst,
gehört nicht vor ein Mikrofon,
da lachen ja die Hühner schon.

Ach so, das »Gendern« ist modern?
Na, dann lauscht weiter diesem Herrn,
der sich der »Genderei« verschrieben,
vom »...innen-murks« einhergetrieben.

Herr Buhrow, schönen guten Morgen!
Wie gerne hätt' ich Ihre Sorgen!



Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Deutsche Identität. 500 Jahre nach Luther.

Die neue Völkerwanderung. Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen.

Europas Reconquista. Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung.

Jeder Band ca. 192 S., Abb. statt 12.80 nur 5 Euro

Konto für Beiträge
und Spenden:

Beilagenhinweis:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal